

## **Grünen bringen Erdkabel diese Woche in den Landtag**

Unterstützung durch CDU-Landesverband Oldenburg wird begrüßt

Auf Antrag der Grünen vom Mittwoch letzter Woche wird sich der Niedersächsische Landtag am Donnerstag (26.01.) mit der Umsetzung eines Pilotvorhabens zur Erdverkabelung der zwischen Ganderkesee und St. Hülft geplante 380 kV-Hochspannungsleitung beschäftigen.

„Schön, dass der CDU-Landesverband Oldenburg unseren Landtags-Antrag unterstützt. Ich kann nur hoffen, dass das auch die CDU-Landtagsfraktion so sieht, denn dann kämen wir schnell zu Ergebnissen“. So die Reaktion des Grünen-Landtagsabgeordneten Hans-Joachim Janßen zur Forderung der Oldenburg Christdemokraten vom Wochenende, die Erdverkabelung durch ein Modellprojekt zu erproben.

Eine im vergangenen Herbst vom Oldenburger Institut ForWind vorgelegte vergleichende Studie zwischen Freileitung und Erdverkabelung habe eine Reihe von Fragen offen gelassen, weil Erdkabel bisher nicht über längere Entfernungen verlegt worden seien, so Janßen. Eine unterirdische Verlegung von 380 kV-Leitungen erfordert zwar zunächst deutliche höhere Investitionen, die Stromverluste sind mit dieser Technik aber deutlich geringer.

„Energiekonzerne und Anbieter von Erdkabeln müssen deshalb ein hohes Eigeninteresse haben, die offenen Fragen durch ein Pilotprojekt mit entsprechenden begleitenden Untersuchungen zu klären, denn neue Freileitungen sind überall immer schwerer zu realisieren“, meint Hans-Joachim Janßen.

Die von der CDU vorgeschlagene Förderung des Projekts aus öffentlichen Kassen halten die Grünen nicht für erforderlich „Die Energiemultis machen mit ihren vom Land genehmigten Strompreisen satte Gewinne. Da müssen wir nicht auch noch Steuergelder für deren Forschung dazugeben“, sagte der Grünen-Abgeordnete am Montag in Hannover.

Die Grünen fordern die Landesregierung mit ihrem Antrag außerdem auf, die seit Jahren in Nordrhein-Westfalen geltenden verschärften Abstandsempfehlungen zwischen Wohnbebauung und Hochspannungsfreileitungen auch in Niedersachsen zu erlassen und sich darüber hinaus für eine Verschärfung der Grenzwerte elektromagnetischer Strahlung einzusetzen.

„Das Gebot, Hochspannungsleitungen unterirdisch zu verlegen, ist seit Jahren im Landesraumordnungsprogramm verankert. Minister Ehlen muss jetzt dafür sorgen, dass das auch umgesetzt wird“, erklärte Hans-Joachim Janßen abschließend.